

Liebe Leserin, lieber Leser des LevLiberal,

es ist wieder soweit, vor Ihnen liegt die erste Ausgabe 2016 des LevLiberal der Freien Demokraten Leverkusen.



Es fällt uns schwer, unter den vielen Themen die auszuwählen, die in die Ausgabe gelangen sollen. An so vielen Stellen „brennt“ es in unserer Stadt.

Da ist die immer noch offene Frage, ob der Tunnel statt der Megastelze in Küppersteg kommt. Und damit verbunden, wie man in den kommenden Jahren dem drohenden Verkehrskollaps begegnen kann. Kultur und Sport stehen vor großen Sparherausforderungen. Insbesondere die KulturStadtLev muss sich wegen der Sparauflagen durch die Bezirksregierung hinterfragen und neu aufstellen.

Die Integration der Flüchtlinge als neue Mitbürger bleibt eine Mammutaufgabe. Das hat Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt, ebenso auf die Schul- und KiTa-Landschaft in unserer Stadt.

Und die Haushaltskonsolidierung steht über allem. Das Minderheitsbündnis aus CDU, Grünen und Opladen Plus hat ihren Sparwillen zugunsten vermeintlicher Wohltaten für den Bürger längst hintange stellt. Und der neue Oberbürgermeister und seine SPD waren noch nie die Sparfüchse. Eher erhöhen sie Steuern und Gebühren, wie gerade mit den Beiträgen zur offenen Ganztagsschule geschehen. Obendrein zeigt insbesondere der Oberbürgermeister Sympathien für den Wunsch der Verwaltung, diese personell aufzustocken statt endlich die Aufgaben zu reduzieren.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und freuen uns über Ihre Anregungen und Ihre Kritik an Kreisverband oder Ratsgruppe!

Ihre Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Sprecherin der Ratsgruppe

KulturStadtLev langfristig stärken

Das Anfang des Jahres vorgelegte Gutachten der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft KPMG wirkte wie ein Paukenschlag. Den in der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung KulturStadtLev (KSL) zusammengefassten kulturellen Einrichtungen der Stadt Leverkusen fehlen danach jährlich 1,1 Mio. €. Aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsprüfer hat die KPMG Vorschläge gemacht, dieses Defizit zu senken. Die Hauptspartenpotenziale werden in der Musikschule und im Museum Morsbroich gesehen. Die Vorschläge zwingen zum Nachdenken und Handeln.

Ein erster wichtiger Schritt war und ist dabei, in breit angelegten Diskussionen in Gesellschaft und Politik Anregungen und Ideen zu sammeln, über die dann im Einzelnen mit den verantwortlichen Akteuren gesprochen werden muss.

Klar und deutlich haben sich sehr viele Leverkusenerinnen und Leverkusener inzwischen für den Erhalt des Museums Morsbroich ausgesprochen. Dieses Ziel verfolgt auch die FDP Leverkusen seit langem mit großer Überzeugung. Um das Schloss langfristig zu sichern und gleichzeitig die vielen weiteren Kulturangebote in dieser Stadt aufrecht zu erhalten, müssen allerdings die Einnahmen und die Ausgaben der KSL auf den Prüfstand.

1. **Was in dieser Stadt bisher fehlt** und dringend nachgeholt werden muss, ist ein überparteilicher Konsens in der Frage: Warum und zu welchem Zweck betreiben wir hier in Leverkusen überhaupt Kulturarbeit? Wie ist die Kulturarbeit in die Stadtentwicklung eingebunden? Wie wollen wir unsere Kulturarbeit in den nächsten Jahren auf die Herausforderungen vorbereiten, die durch den demografischen Wandel, die Migration, die wachsende Mobilität der Bevölkerung und die alles überragende Finanznot entstehen?

2. **Musikschule:** Der qualitativ hochwertige Betrieb kann nicht, wie von den Gutachtern vorgeschlagen, allein mit gegenüber den Festangestellten preisgünstigeren Honorarkräften erhalten werden. Dies schließt allerdings nicht aus, dass die Leitung der Musikschule in eigenem Ermessen dort Honorarkräfte einsetzt, wo es möglich ist.



Museum Morsbroich

3. **Bühne:** Muss es in Leverkusen parallel zueinander ein teures städtisches Bühnenprogramm sowie das Bühnenangebot von BayerKultur geben, wenn gleichzeitig die Besucherzahlen bei der Anbieter stetig abnehmen?

4. **Schlosspark und Forum** müssen endlich überhaupt bzw. besser vermarktet werden. Es könnten hohe fünfstellige Beträge generiert werden.

5. Der Verkauf von **Jahreskarten für das Museum Morsbroich** findet bisher kaum statt; 2015 sind lediglich 13 (!) Kartenverkauft worden. Wenn jede/r, der/die bei den Unterschriftenaktionen zum Erhalt des Museums unterschrieben hat, eine Karte kaufen und noch mindestens eine weitere Karte vermitteln würde, könnten in den kommenden Jahren Tausende von Karten ausgegeben und die KSL nachhaltig stabilisiert werden. Ein schöner Nebeneffekt wäre, dass mehr Menschen das Museum besuchen würden. Die FDP hat deshalb im Rat den Antrag gestellt, zeitnah eine Verkaufskampagne für Museums-Jahreskarten in die Wege zu leiten.

6. Auch die **Ausgaben des Museums** dürfen von einer Angemessenheitsprüfung nicht ausgenommen werden. Dabei geht es nicht darum, den Museumszweck als Heimat und Ausstellungsort von junger, experimenteller und wegweisender Kunst in Frage zu stellen. Auch darf es nicht die Aufgabe der Politik sein, in die laufende Arbeit des Museums einzutreten und etwa inhaltliche Vorgaben für die Ausstellungstätigkeit zu machen. Vielmehr muss es um die Bereitstellung verlässlicher Rahmenbedingungen gehen.

7. Wegen des vermuteten hohen Verkaufserlöses gibt es erneut Stimmen, die eine Veräußerung des 1968 erworbenen Bildes „Tiger“ von Gerhard Richter vorschlagen, obwohl der Stadtrat dies - auch mit den Stimmen der FDP - bereits im Februar 2015 verworf. Der erhebliche Imageschaden bei Künstlern, Mäzenen und Sponsoren und die strengen Voraussetzungen für einen solchen Verkauf, wie sie in den von der UNESCO als verbindlich erklärten Ethischen Richtlinien für Museen festgelegt sind, dürfen nicht ignoriert werden. Vor diesem Hintergrund erscheint ein

Verkauf des „Tigers“ als Problemlösung nach wie vor nicht geeignet. Zudem wäre zweifelhaft, ob der Erlös nicht in den allgemeinen städtischen Haushalt überführt werden müsste und damit der KSL entzogen wäre. Dieses gilt ebenso für den Verkauf anderer **Objekte aus dem Besitz des Museums**.

Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Sprecherin der Ratsgruppe

Wochenmärkte brauchen einen Neustart

Nicht nur in Leverkusen vollzieht sich bei den Wochenmärkten ein Generationenwechsel. Einerseits geht die Zahl der Marktbeschicker zurück, die mit ihren Wagen Woche für Woche die verschiedenen Märkte aufsuchen. Vielfach fehlt der Nachwuchs, viele konzentrieren sich auf den Verkauf ihrer Produkte in eigenen Hofläden oder bei Supermärkten mit eigenem Regionalangebot.

Andererseits geht auch die Kundschaft der Wochenmärkte seit Jahren kontinuierlich zurück. Die „klassische Hausfrau“, die regelmäßig auf dem Wochenmarkt einkauft, wird immer seltener. Viele regionale Produkte findet man eben im Supermarkt. Und die berufstätigen Menschen haben schlicht keine Zeit und Gelegenheit, morgens die Wochenmärkte aufzusuchen.

So ist in Leverkusen bereits der Wochenmarkt in Steinbüchel eingestellt worden, die Märkte an der Hindenburgstraße in Wiesdorf und am Marktplatz in Küppersteg können kaum noch als solche bezeichnet werden. Die anderen, besser besuchten, wie in Alkenrath, Rheindorf oder auch Schlebusch sind mittlerweile von Ständen mit Billigkleidung- oder -taschen dominiert. Selbst der immer hochgelobte Wochenmarkt in Opladen verzeichnet Rückgänge.



Um den Wochenmärkten neues Leben einzuhauen, ist es nötig, ansprechende Konzepte zu entwickeln. Märkte mit mehr Eventcharakter wie in Frankreich oder Italien könnten Vorbilder sein. Und wir müssen auch über die Öffnungszeiten von Märkten sprechen. Märkte am Nachmittag oder in den Abendstunden mit einem gleichzeitigen Angebot zubereiteter Speisen könnten helfen. In vielen Städten in Deutschland wird das bereits erfolgreich durchgeführt.

Aber solche Veränderungen können und müssen nicht die städtischen Marktmeister leisten, deren Aufgabe das Kassieren der Standgebühren ist. Da müssen Organisationsprofis für Märkte ans Werk.

Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Sprecherin der Ratsgruppe

Endgültiges Aus für den Supermarkt an der Reuterstr.?



Am 02.06.2016 hat die Bezirksvertretung III gegen das einsame Votum der FDP beschlossen, den Bebauungsplan für den geplanten REWE-Markt vorläufig auf Eis zu legen.

Begründet wurde dies mit plötzlichen grundsätzlichen Zweifeln an der Notwendigkeit eines Supermarktes an dieser Stelle sowie mit vermuteten zukünftigen Verkehrsproblemen.

Obwohl im Vorfeld ein Einvernehmen mit der Thomas-Morus-Schule hergestellt werden konnte, wurden auch grundsätzliche Zweifel an der Sicherheit der Schulwege sowie an der Weitsichtigkeit des Schulträgers hinsichtlich zukünftiger Erweiterungsmöglichkeiten etc. als unüberwindbare Hindernisse bezeichnet.

Die FDP Leverkusen bedauert, dass CDU und SPD die Ansiedlung des Supermarktes an dieser Stelle massiv behindern, indem sie die Entscheidung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben wollen.

Der Supermarkt an dieser Stelle entspricht dem bestehenden und bewährten Nahversorgungskonzept. Der Nachweis, dass bestehender Einzelhandel in seinem Bestand nicht gefährdet wird, liegt vor. Ein solches Gutachten ist Pflicht bei der Aufstellung eines B-Plans. Auch die Pflicht zur Erstellung eines Verkehrsgutachtens wurde erfüllt.

Für die Bewohner in Schlebusch-Süd bleibt zu hoffen, dass der REWE-Markt „bei der Stange bleibt“ und das Projekt weiter verfolgt. Uns gegenüber haben jedenfalls zahlreiche Bürger aus den umliegenden Straßenzügen den dringenden Wunsch nach einer besseren Nahversorgung geäußert, so dass Hoffnung besteht, dass der Investor noch nicht die Segel streicht, weil der Bedarf an dieser Stelle ja offensichtlich gegeben ist.

Die FDP Leverkusen wird sich auch weiter aktiv für die Ansiedlung eines REWE-Marktes in diesem Gebiet einsetzen.

Benedikt Vennemann
Bezirksvertreter

Wichtiger Teilerfolg für das Verkehrskonzept Hitdorf

Die Einweihung der umgebauten Ringstrasse am 7. Juni 2016 markiert einen wichtigen Teilerfolg bei der Umsetzung des Verkehrskonzepts für Hitdorf. In Verbindung mit dem Umbau des Kreisverkehrs „Am Fahnenacker“ sowie der Herabstufung der Landesstrassen zu Gemeinde-

strassen ist dieses aber nur ein Teilerfolg.

Die Anwohner der Hitdorfer Strasse sind nun aufgefordert, die jüngst vorgelegten Entwurfsplanungen der Verwaltung kritisch zu prüfen und Anregungen abzugeben. Unter deren Berücksichtigung wird dann der zweite Schritt

Der beschwerliche Weg zu Bahnsteig 1 in Opladen!

Die Opladener erleben jetzt, was ab sofort Realität ist, um von der Opladener Innenstadt zu Gleis 1 des Opladener Bahnhofs zu gelangen: Seit dem 6.06.2016 ist der ebenerdige Zugang zu Gleis 1 gesperrt. Bahnreisende müssen jetzt ausschließlich den Zugang über den Brückenturm nehmen.

Ratsherr Friedrich Busch: „Wer sich ein Bild davon machen will, wie Opladener Bürger fluchen, wenn sie erkennen, dass ihnen der direkte Zugang zum augenblicklichen Behelfsbahnsteig in Richtung Köln versperrt ist und sie den Umweg über den Brückenturm nehmen müssen, der braucht sich nur für eine kurze Zeit am Brückenturm aufzuhalten.“



Viele Bürger erkennen erst jetzt, welchen Preis sie für die Verlegung der Güterzugstrecke zahlen müssen: Es wird nie wieder einen bequemen, ebenerdigen Zugang zu den Gleisen geben.

Im Brückenturm herrscht besonders viel Betrieb, morgens beim Weg zur Arbeit und abends auf dem Heimweg.

Etliche steigen die 51 Stufen im Brückenturm hinauf und dann wieder 49 Stufen hinunter, um auf Bahnsteig 1 zu gelangen. Bequemer, aber langsamer, ist die Benutzung der Aufzüge: Der Aufzug im Brückenturm steht in der Verantwortung der Stadt Leverkusen, die Aufzüge zu den Gleisen werden von der Deutschen Bahn verantwortet.

Aktuell ärgerlich: Noch sind nicht alle Rolltreppen in Betrieb.

Ratsherr Friedrich Busch: „Die Deutsche Bahn, Station und Service, sollte endlich in die Gänge kommen, um die Rahmenbedingungen so herzurichten, dass die Rolltreppen endlich funktionieren.“

Zu hoffen ist, dass die Aufzüge von Betriebsstörungen und Vandalismusschäden möglichst verschont bleiben. Sollten Aufzüge ausfallen, dann müssen diese schnellstmöglich repariert werden, denn ohne funktionstüchtige Aufzüge ist Barrierefreiheit nicht mehr gegeben. Auch hat die Stadt dafür zu sorgen, dass der städtische Aufzug im Brückenturm täglich gesäubert wird, denn zurzeit macht er einen äußerst ungepflegten Eindruck.

Grundsätzlich heißt es ab sofort: Das Ankommen in letzter Minute, um dann mit einem Sprint noch die Bahn auf Gleis 1 zu erreichen, gehört der Vergangenheit an. Man braucht jetzt mindestens fünf Minuten länger, um ohne Stress auf Bahnsteig 1 zu gelangen.

Mailen Sie uns doch Ihre Erfahrungen mit der neuen Bahnhofsbrücke. Wir würden uns freuen!

Friedrich Busch
Ratsherr

erfolgen. Dennoch kann man jetzt schon absehen, dass die Wohn- und Lebensqualität im Stadtteil durch die Gesamtmaßnahme nachhaltig verbessert wird. Es hat auch lang genug gedauert.

Uwe Bartels
Baupolitischer Sprecher der Ratsgruppe

Tunnel statt Stelze

Die FDP ist sich mit allen seriösen politischen Kräften in der Stadt einig: Leverkusen braucht einen Tunnel beim Neubau der A1 statt einer Mega-Stelze.

Einige wenige Akteure träumen immer noch von der Vision eines Mega-Tunnels vom Autobahnkreuz Leverkusen bis nach Merkenich. Für die Mega-Stelze hat sich in Leverkusen noch kein Lokaler Politiker ausgesprochen. Also gibt es in der Stadt eine große und klare Mehrheit für Tunnel statt Stelze, was sich sicher auch in einer Volksabstimmung in Leverkusen zeigen ließe.

Dummerweise liegt die Entscheidung in der Sache aber nicht bei den Leverkusener Bürgern, sie haben auch mit noch so großer Mehrheit kein Vetorecht oder Gestaltungsrecht beim Autobahnbau. Deshalb helfen auch große Demonstrationen nur bedingt weiter, denn eigentlich ist ja allen klar, was sich die große Mehrheit der Leverkusener an dieser Stelle wünscht: Tunnel statt Stelze.

Die Planung dieses Autobahnbaus liegt bei Straßen.NRW und die Finanzierung beim Bund. Straßen.NRW erstellt ausführliche Projektstudien und Gutachten, die im wesentlichen auf der Webseite www.a-bei-lev.nrw.de veröffentlicht sind. Wer diese Quelle studieren möchte, sollte allerdings wegen der Fülle des Materials viel Zeit mitbringen. Eine Tunnellösung, als Ersatz für die Stelze, die vom Damm östlich der Rheinbrücke unter der B 8, der Bundesbahnhauptstrecke und der Bismarckstraße führen muss, ist möglich.

Aber sie ist in der Abschätzung im Bau und im Unterhalt (Beleuchtung, Belüftung und Überwachung) teurer, und in der Bauzeit deutlich länger. Auch ist diese Tunnelvariante offensichtlich nicht für alle Gefahrguttransporte geeignet. Zur Zeit warten wir hier auch noch auf die anstehenden Gutachten zur Umweltverträglichkeit. Wir als FDP erwarten dabei für die Bürger in Leverkusen, dass dauerhaft die Grenzwerte für Lärm und Luftverschmutzung, die ja der Staat vorgibt, an dieser kritischen Stelle auf Dauer eingehalten werden. Allerdings müssen wir auch berücksichtigen, dass hier an einer entscheidenden Stelle im Stadtgebiet für die nächsten 50 und mehr Jahre gebaut. Wir sollten unbedingt vermeiden, dass uns unsere Kinder in 30 Jahren fragen: „wie kommtet Ihr jemals eine solche Mega-Stelze“ in unserer Stadt bauen?“

Verkehrspolitischen Sprecher der FDP Landtagsfraktion, Herrn Christoph Rasche zur Besichtigung des kritischen Bereiches an der Stelze eingeladen. Beim Termin am 27. April war Herrn Rasche, auch im Vergleich zu vielen anderen Bauvorhaben im Land, die er besichtigt, klar dass er die Forderung Tunnel statt Stelze als Verkehrspolitischer Sprecher mit in die FDP Fraktion und in den Landtag nimmt. „Leider habe ich bei den anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien eine solche Zustimmung zu Tunnel statt Stelze noch nicht gehört.“ Die FDP fordert die Abgeordneten aus Leverkusen auf, ihren Fraktionen und Regierungsmitgliedern diese Problematik zu zeigen und darauf hinzuwirken, dass auch dort ein klares Bekenntnis zu Tunnel statt Stelze Programm wird.

Ein Tunnel unter dem Rhein wird von einigen Aktivisten weiterhin gefordert, unter anderem auch mit der Forderung die Sicherheit der Altlast Dhünnaue nicht durch die Baustelle zu gefährden. Nach den Aussagen von Straßen.NRW wäre aber gerade der Mega-Tunnel mit größeren Eingriffen in die Altlasten verbunden. Die für die Rheinbrücke und deren Anschluss notwendigen Eingriffe in die Altlast seien hingegen kleiner, aber aufwändig und somit möglich.

Dr. Guido Fischer
Kreisvorsitzender

Abfallgebühren – erst die Biotonne und nun die komplizierte Gebührenordnung

Die Leverkusenerinnen und Leverkusener machen sehr zweifelhafte Erfahrungen mit der Abfallentsorgung und den Abfallgebühren.

Zunächst sollte auf freiwilliger Basis eine Biotonne ab dem 01.01.2016 eingeführt werden. Eine schöne neue Tonne für jeden Haushalt, ein zusätzlicher Abholtag vermerkt im Abfallkalender, verbunden mit neuen Entsorgungsfahrzeugen und zusätzlichen personellen Aufwendungen für die Entsorgungsfirma, zusätzliche Fahrten zur Entsorgung des Biomülls zur Vergärungsanlage nach Lindlar eingebetteten. Konsequenz für die Bürgerinnen und Bürger: eine Erhöhung der Abfallgebühren. Mit Stimmen der Freien Demokraten konnte diese Mehrbelastung gerade noch verhindert werden.

Nun soll ab 2017 eine neue Müllgebührenordnung ergehen. Statt wie bisher eine Berechnung nach der Personenanzahl des Haushaltes soll eine Grundgebühr von 30 € pro Haushalt und eine Leistungsgebühr eingeführt werden.

Beim Stromverbrauch macht dieses Sinn. Ich bezahle für den Anschluss und der exakte

Verbrauch in kWh wird mir in Rechnung gestellt.

Bei der Müllentsorgung sind jedoch Tonnengrößen vorgegeben (60 ,80,120 oder 240 Liter) und möchte z.B. eine Familie mit drei Personen sparsam mit einem sogenannten Mindervolumen von 30 Liter pro Person auskommen , muss diese statt der 80 Liter Tonne eine 120 l bestellen und die Mehrkosten dafür tragen.

Oder soll es sinnvoll sein, den überschüssigen Platz in der Mülltonne dann mit Gartenabfällen und Gras zu füllen?

Auch bei dieser vorgeschlagenen Variante der Gebührenordnung sind höhere Kosten für viele Bürger garantiert. Der Protest der Bevölkerung und die Ablehnung auch der Freien Demokraten im Rat hat ein Überdenken des Vorschlags bei der AVEA erzwungen.

Wir wünschen uns als Freie Demokraten eine einfache, nachvollziehbare Abfallgebührenordnung, ohne zusätzliche Kosten für den Bürger. Allen anderen Vorschlägen werden wir nicht zustimmen!

Jörg Hausmann
Stellvertretender Kreisvorsitzender

Entscheidung über Brücke naht

Über die Einwendungen zur Planung von Strassen.NRW zur Erneuerung der Rheinquerung einschließlich des Autobahnkreuzes Leverkusen-West hat die zuständige Bezirksregierung Köln jetzt im Rahmen der Abwägung entschieden. Entsprechende Benachrichtigungen sollen bald verschickt werden. Im Juli folgt dann der Anhörungstermin.

Auch nach Ablauf der Frist für Einwendungen haben sich Bauausschuss und Rat mit Vorlagen zu dem Thema befasst. Viele der Anträge kamen aber zur Unzeit, da ja die Frist für Einwendungen abgelaufen war. Mit dem Beschluss über die Abwägung ist aber in Kürze der Klageweg geöffnet.

Wir Liberale haben dabei stets betont, dass die Planungen zur Brücke auch mit dem Eingriff in die Altablagerung für uns vertretbar sind. Von wesentlicher Bedeutung für uns und unsere Stadt ist der Abschnitt zwischen den Kreuzen Leverkusen-West und Leverkusen. Hier müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Tunnel werben – statt der Megastelze.

Uwe Bartels
Kreisvorstand



Einschränkung des Bargeldverkehrs – was geht mich das an?

28.05.2016. Es ist Samstagnachmittag, die Sonne scheint, viel Betrieb in der Kölner Innenstadt. In unmittelbarer Nähe zum Kölner Dom, der wie immer von fotografierenden Japanern, Südeuropäern mit Selfie-Sticks und zahlreichen sonstigen Touristen aus aller Welt umlagert und bestaunt wird, findet auf dem Wallrafplatz beinahe unsichtbar eine leise Demonstration statt, mit der offenbar viele nichts anzufangen wissen. Nahezu unbemerkt und von Straßenmusikanten übertönt, raunt es aus einem Megaphon: „Stoppt die schlechende Zurückdrängung des Bargeldes!“

Dieses Thema geht alle an und lockt doch offenbar (fast) niemanden hinter dem Ofen hervor. Da ich mich persönlich schon seit längerem mit diesem äußerst drängendem Thema befasst habe – so habe ich auf dem letzten Parteitag einen Antrag gestellt „Finger weg von unserem Bargeld!“ und auch auf der Bundesebene wurde das Thema eifrig diskutiert – war ich einer der Unerschrockenen, die diese Demonstration als Zaungast besucht hat.

Denn: Bei diesem Thema gilt es Flagge zu zeigen! Gerade wir als Wirtschaftsliberale sollten uns die Freiheit nehmen, uns zum Thema Bargeld als originäres freiheitliches Thema einzumischen!

Die schlechende Abwicklung des Bargeldes ist in vollem Gange. Versuchen Sie mal, Ihre Grundsteuer bei der Stadt Leverkusen in bar zu bezahlen oder Ihre Steuernachzahlung beim Finanzamt in bar zu leisten.

Sie werden behandelt wie ein Steuerhinterzieher und niemand wird Ihnen eine Möglichkeit geben, mit dem einzigen unbegrenzt zulässigen Zahlungsmittel Ihre Steuerschuld zu bezahlen. Obwohl unzulässig, wird die Annahme von Bargeld konsequent verweigert.

Bei der schlechenden Abschaffung des Bargeldes geht es aber nicht um bloße Unannehmlichkeiten, sondern um die totale Kontrolle über Ihr Portemonnaie. Denn: Auf dem Konto ist Ihr Geld nicht vor dem Zugriff des Staates und der Banken sicher. Einschränkungen des Kapitalverkehrs, die im Zuge der Eurokrise durchaus auch in Deutschland möglich sind, lassen sich auf direktem Wege durchsetzen. Auch Steuern können sehr leicht einfach vom Konto eingezogen werden und nicht zuletzt können die Banken nach Belieben Gebühren für die Negativzinsen erheben und ihre Verluste so auf einfachste Art und Weise in Profite verwandeln. Auch kann im Krisenfall ein Banken-Run verhindert werden, wenn die Banken generell nur kleine Mengen Bargeld ausgeben dürfen.

Ich bin mir sicher: Es wird nicht bei der Abschaffung des 500-Euro-Scheins bleiben, auch der 200er und der 100er sind längst im Visier der „Währungshüter“. Und auch die Bargelobergrenze wird kommen; denn nachdem mehrere Testballons Schäubles keinen Sturm der Entrüstung ausgelöst haben, ist dieser Weg geöffnet. In vielen europäischen Staaten ist die Bargelobergrenze bereits Realität (z. B. Frankreich 1.000 €!). All diese Maßnahmen schränken uns in unserer Freiheit ein, verhindern keinen Terrorismus, erlauben den Zugriff sowohl des Staates als auch der Banken auf das Portemonnaie der Bürger und schaden letztendlich allen, ohne irgendeinen Nutzen für das Allgemeinwohl zu bringen.

Es soll der Eindruck erweckt werden, als müsse man alle Bürger unter Terrorverdacht stellen und deswegen zu diesen Maßnahmen greifen – aber für mich als Liberalen steht fest:

Wir müssen nicht den Staat und die Banken vor den Bürgern beschützen, sondern den Bürger vor dem Staat und den Banken! Wir Liberale bleiben an diesem Thema dran!

Benedikt Josef Vennemann
Mitglied im Kreisvorstand

Sorge um die Zukunft der Industrie in Nord-Rhein-Westfalen



Mit großer Sorge sieht die FDP die Zukunft der Industrie in NRW. Das bevölkerungsreichste Bundesland mit ca. 18 Millionen Einwohnern bildet das Schlusslicht von allen Bundesländern in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Angesichts dieser Entwicklung mit Null-Wachstum kapituliert die rot-grüne Regierung angeführt von Ministerpräsidentin Kraft mit Planlosigkeit, statt die Rahmenbedingungen für die Industrie zu verbessern. Gesteuert durch ihre Partner in der Regierung werden der Industrie immer mehr Hürden auferlegt. Am Beispiel Baden Württemberg und Hessen, könnte man auch lernen, trotz grüner Gesinnung wirtschaftliche Ziele und Entwicklungen voranzutreiben.

Nordrhein-Westfalen hat den Ehrgeiz, die Ziele des Bundes im Klimaschutz noch zu übertreffen.

Nach dem chaotischen Ausstieg aus der Kernindustrie treibt man im Alleingang den Ausstieg aus der Kohle voran. Wir sind in NRW umzingelt von Atom- und Kohlekraftwerken unserer Nachbarn.

Die Industrie ist angewiesen auf Energie, die auch bezahlbar sein muss, um dem Wettbewerb in Europa und der Welt trotzen zu können. Subventionierte Windkraft, die Naturschutzgebiete verschandelt, kann nicht genutzt werden, weil die Stromtrassen hinterher hinken, es gibt teuren „Wegwerfstrom“.

Die Industrie in NRW wird getragen vom Mittelstand, 94 Prozent aller Industriebetriebe in NRW haben weniger als 200 Mitarbeiter. Diese

Betriebe brauchen für die Zukunft Planungssicherheit, um nicht dem Beispiel der Konzerne zu folgen, und ihre Betriebsstätten ins Ausland zu verlagern.

Bernd Stadelbacher
Vorstandsmitglied

Politik mitgestalten

Sie wollen sich in Leverkusen kommunalpolitisch engagieren? Sie möchten gern mehr über die kommunalpolitischen Hintergründe erfahren? Dann sind Sie herzlich eingeladen, bei den Freien Demokraten mitzumachen. Alle unsere Vorstands- und Ratsgruppen-Treffen sind öffentlich. Die Termine finden Sie auf unseren Internetseiten FDP-Ratsgruppe und FDP-Leverkusen. Schnuppern Sie unverbindlich rein! Wir freuen uns auf Sie.

Impressum:

Redaktion: Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Agnes Pötz, Dr. Guido Fischer
FDP - Geschäftsstelle,
Dönhoffstr. 99, 51373 Leverkusen
Die Geschäftsstelle ist geöffnet:
Mo. - Fr.: 9.00 - 13.00 Uhr
Tel. FDP-Ratsgruppe: 0214 - 2061236
E-mail: fdp-ratsgruppe@gmx.de
Fotos: Privat

Sie haben ein politisches Thema oder ein politisches Anliegen, um das wir uns kümmern sollen? Dann schreiben Sie uns einfach, wir werden uns dazu mit Ihnen in Verbindung setzen und Lösungen erarbeiten.

Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Ratsgruppen-Sprecherin

Dr. Guido Fischer
Kreisvorsitzender